

Rahmenbedingungen und politischer Hintergrund der Beratungsarbeit im Gemeinwesen

Zu den Grundlagen der Beratungsarbeit des MBTs

Um den Gesamtzusammenhang der Arbeit des Mobilen Beratungsteams besser einordnen zu können, sollen hier noch einmal skizzenhaft Rahmenbedingungen und Voraussetzungen der Arbeit dargestellt werden. Grundlagen der Arbeit des MBTs sind

- der Arbeitsauftrag für die Beratungstätigkeit des Teams durch die Regierung des Landes Brandenburg¹,
- der aus dieser Auftragslage entwickelte Beratungsansatz² und seine kontinuierliche Weiterentwicklung sowie
- die t e a m i n t e r n stringenten Verhandlungen der örtlichen oder regional angelegten Beratungsprozesse³ des MBTs unter wissenschaftlicher Begleitung⁴ und
- die permanente Weiterbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um dem komplexen Anforderungskatalog der Arbeit gerecht zu werden.

Gewährleistet wird professionelle Beratungsarbeit durch permanentes Weiterentwickeln des Selbstverständnisses (Corporate Identity) des Teams, dem jeweiligen fachlichen Profil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der sorgfältigen Wahrnehmung der je konkreten Situation vor Ort. Diese „Tripolarität“ gewährleistet Erkennbarkeit von MBT-Arbeit in Brandenburg, bietet aber zugleich Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hinreichend eigene Gestaltungsmöglichkeiten und berücksichtigt vor allem die höchst unterschiedlichen Anforderungen.

¹ Arbeitsvereinbarung zwischen Landesregierung und dem Träger Juli 1998.

² „Essentials“ der Beratungsarbeit, 2002 (in der Geschäftsstelle des MBT abrufbar).

³ Monatlich ausführliche Praxisberatung auf der Grundlage interner Arbeitsberichte sowie interne Fortbildungen.

⁴ Seit Herbst 2000 Dr. Michael Kohlstruck vom Institut für Antisemitismusforschung der TU-Berlin.

Ausgangslage

Bereits Anfang der 90er Jahre wurden durch die Ausländerbeauftragte des Landes und andere aufmerksame Beobachter der Entwicklung im Land unterstützende Beratungsangebote für die Brandenburger Kommunen konzipiert und dann bereitgestellt. Zunächst war es wichtig, wahrzunehmen, auf welchem Hintergrund es zu rassistischen und fremdenfeindlichen Übergriffen im Land kommen konnte. Neben zunehmenden Einflüssen rechtsextremer Parteien aus der alten Bundesrepublik machten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen in unterschiedlichsten Milieus der Bevölkerung aus. Rechtsextreme Einflussnahme, vor allem in die jugendkulturellen Bereiche hinein, wurde wahrgenommen und Gewalt als Bedrohung demokratischer Zivilität beschrieben. Die damalige Beratungsarbeit und die darin gewonnenen Erfahrungen waren – obwohl sie zunächst nicht immer und zu allen Teilen die Zustimmung ihrer Förderer fand –, für das Land und die späteren Bemühungen wichtig. Im Herbst 1998 wurde die Neukonstituierung des Mobilien Beratungsteams mit einer geklärten Auftragslage durch die Landesregierung und einer wesentlich verbesserten Arbeitsstruktur veranlasst.⁵

Rahmenbedingung

Das Handlungskonzept der Landesregierung Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – ein staatliches Konzept zur Stärkung einer demokratisch orientierten Zivilgesellschaft?

Spätestens im Frühjahr 1998 entwickelten sich die genannten Probleme im Osten Deutschlands immer Besorgnis erregender. Deshalb rang sich die Brandenburger Landesregierung als erste und einzige in den neuen Bundesländern durch, vernehmlich zu sagen: wir haben ein Problem! Das Problem schien größer und offensichtlicher als in den alten Bundesländern, aber nicht größer als in den anderen Neuen.⁶ Es wurden Konsequenzen diskutiert und Handlungsstrategien entwickelt. Die Landesregierung verabschiedete ein Handlungskonzept zur Stärkung der demokratischen Zivil-

⁵ Gegenwärtig 6 Regionalbüros und eine Geschäftsstelle beim Träger, der RAA Brandenburg e.V. (Näheres zur Arbeitsstruktur auch unter www.mobiles-beratungsteam.de).

⁶ Der sensiblen Presse und den in Berlin akkreditierten Journalisten war es leichter möglich, den Brandenburger Skandal in die Öffentlichkeit zu tragen, als den aus Sachsen oder der Altmark.

gesellschaft gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unter der Bezeichnung „TOLERANTES BRANDENBURG“. Einerseits sollte das Handlungskonzept zu einer allgemeinen und gesamtgesellschaftlichen Ächtung aller Formen von Intoleranz, Gewalt und rechtsextremen Einflüssen führen, andererseits das Bewusstsein für eine sich unabdingbar von demokratischen Grundwerten leitende Bürgergesellschaft / Zivilgesellschaft stärken. Und dies mit hoher Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern! Alle Ministerien wussten sich aufgerufen, den eingeleiteten Prozess im Sinne einer Querschnittsaufgabe zu befördern und in den eigenen Fachbereich mit einfließen zu lassen.

Man kann bedauern, dass sich dieser ursprüngliche Ansatz offensichtlich nicht durchhalten ließ und die Ausgestaltung des Handlungskonzeptes schließlich allein dem Ministerium für Bildung, Jugend und Schule zukam. In diesem Zusammenhang können jedoch einzelne Entwicklungsschritte und Module des Handlungskonzeptes „TOLERANTES BRANDENBURG“, sowie deren Verläufe nicht dargestellt, schon gar nicht letztgültig beurteilt werden. Neben den staatlichen Aktivitäten sollten mit dem genannten Handlungskonzept Rahmenbedingungen geschaffen werden, die in der Gesellschaft Ideen, Projekte und öffentliche Akklamation für ein demokratisches, gewaltfreies Brandenburg förderten.

Unter anderem bildete sich so ein Aktionsbündnis⁷, das sich bemühte, alle wichtigen demokratischen Potentiale in der Gesellschaft gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Gewalt an einen Tisch zu bringen. So sollte der öffentliche Diskurs, aber auch die „Stammtischrealität“ im Sinne demokratischer Achtsamkeit mit großer öffentlicher Wirkung beeinflusst werden: „Es ist eine Zukunftsfrage für das Land Brandenburg, dass Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zurückgedrängt werden und alle politischen und gesellschaftlichen Mandatsträger und ihre Institutionen, Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Verbände, gesellschaftlichen Gruppen, Firmen, Gemeinden und Kreise mit den Menschen im Land daran arbeiten“.⁸ Schon in den Anfängen des Aktionsbündnisses zeigten sich sehr schnell konzeptionelle Probleme, die in unterschiedlicher Weise auch für andere Bereiche des Handlungskonzeptes TOLERANTES BRANDENBURG relevant wurden: Da sich die Landesregierung zunächst als stimmberechtigter Partner innerhalb des Bündnisses verstand, konnte es keine gemeinsame öffentliche Stellungnahme gegen die DVU zum Beginn des

⁷ Aktionsbündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt S. auch www.aktionsbueundnis.brandenburg.de.

⁸ Zitat aus dem Manuskript des Handlungskonzeptes; Juni 1998.

Wahlkampfes 1999 geben. Allen Beteiligten wurde deutlich, dass anders als die „versammelte Bürgergesellschaft“, der Staat keine Kampagne gegen eine gegenwärtig rechtlich wählbare Partei in Gang bringen oder mittragen konnte. Aus diesen und anderen Erkenntnissen erwuchs die Überzeugung, dass Zivilgesellschaft (in diesem Fall das Aktionsbündnis) und staatliche Bereiche deutlich unterscheidbaren Aufgaben nachzugehen haben. Regierungsvertreter verstanden sich künftig als Berater des Bündnisses, was der Arbeit nicht zum Nachteil gereichte. Diese Reminiszenz soll hier nur Erwähnung finden, um den Aspekt unterschiedlicher Handlungsmöglichkeiten und -grenzen gesellschaftlicher und staatlicher Akteure am konkreten Beispiel zu illustrieren.

Für die Entwicklung der Beratungsstruktur und des Beratungskonzeptes des Mobilien Beratungsteams waren diese Klärungen von Bedeutung: die Landesregierung beauftragte einen erfahrenen freien Träger (hier die RAA Brandenburg e.V.) für das Organisieren politischer Beratungsarbeit im Lande, beschrieb die Optionen und legte den finanziellen Rahmen fest. Der Arbeitsverlauf sollte, nicht nur wegen der Mittelverwendung, kritisch beobachtet werden. Aber Anweisungen seitens der Landesregierung, gar solche mit parteipolitischer Präferenz (die es auch nie gab), waren von vornherein ausgeschlossen.

Politischer Hintergrund

Es lohnt, diese politische Akzentuierung zu würdigen. In dem hier nur kurz skizzierten Bemühen ging die Landesregierung einen gewiss etwas ungewöhnlichen Weg: sie entwickelte ein Handlungskonzept, das gegen die Gefährdung des demokratischen Gemeinwesens „die“ Zivilgesellschaft⁹ zu mobilisieren beabsichtigte. Sie konnte und durfte politische Einstellungen von Teilen der Bevölkerung und den sich daraus legitimierende Verhaltensweisen nicht zum Gegenstand eines „Regierungsprogramms zur Veränderung von Gesinnungen“ machen. Aber sie wollte Kräfte in der Gesellschaft aktivieren bzw. unterstützen, die dazu beitragen können, das „gesellschaftliche Klima“, wie man vielerorts etwas verschleiernd sagte, zu

⁹ In diesem Rahmen wird auf die Klärung der Differenz der Begriffe „Bürgergesellschaft“ und Zivilgesellschaft verzichtet, weil sie alltagssprachig inzwischen weitgehend als Synonyme verstanden werden, zumal sich der Begriff „Bürgergesellschaft“ in Teilen Ostdeutschland gegenwärtig noch unnötigen Missverständnissen ausgesetzt sähe.

verbessern. Zur Analyse gehörte, dass diesen Gefährdungen, anders als einige Politiker mit eher wertekonservativem Zuschnitt zunächst dachten, allein mit repressiven Mitteln des Staates und staatlich gesteuerter Prävention nicht beizukommen war (und ist). Zur Analyse gehörte ebenso, dass nicht allein die brutalen Gewalttaten gegen Menschen oder die Bedrohungsszenarien rechtsextrem orientierter Gruppen (z.B. die so genannten „Angstzonen“) Anlass zum Handeln gaben. Denkweisen, Einstellungen und beobachtende Akzeptanz in Teilen der Bevölkerung geben noch immer Anlass zur Sorge. Die in den alten Bundesländern gewachsenen zivilgesellschaftlichen Diskursräume entwickelten sich in den neuen erst bzw. sind bis heute nicht vorhanden: Vereine und Verbände konstituierten sich und zeigten sich in ihrem Profil meist konsequent funktional ohne Klärung ihrer sozialen, kulturellen und politischen Relevanz im demokratischen Gemeinwesen. Z. B. wollen Freiwillige Feuerwehr, Schützenverein und Sport nach eigenen Aussagen noch heute oftmals „unpolitisch“ sein. Während nach allgemeinem demokratischen Grundverständnis die Gesellschaft kritisch darauf achten muss, dass „ihr“ Staat (den sie sich aus guten Gründen leistet!) die demokratischen Grundlagen und die daraus folgenden Rahmenbedingungen und Spielregeln achtet, will in dieser Situation staatliches Handeln eine offensichtlich nicht genügend ausgebildete demokratische Zivilgesellschaft aktivieren. Dass auf diese Weise immer auch ein regierungskritisches, demokratisches Potential gestärkt wird, spricht in diesem Falle für politische Weitsicht der Regierenden! Wie weit diese politische Weitsicht trägt, weist sich spätestens dann aus, wenn es zwischen den von Fördergeldern abhängigen zivilgesellschaftlichen Akteuren und den jeweiligen staatlichen Verantwortungsträgern zu Problem bezogenen Konflikten kommt. Dass das mitunter für „beide Seiten“ Gradwanderungen sein können, war in den vergangenen Jahren erlebbar.¹⁰

¹⁰ In diesem Rahmen zum besseren Verständnis ein Beispiel: Es ist unbestritten, dass Stärkung humaner und damit Demokratie akzeptierender Wertebildung nicht auf Elternhaus, Schule und Jugendclub (so überhaupt noch vorhanden) beschränkt sein kann. Rassistische Einstellungen können auch nicht von schwarzen Bürgerinnen weggetrommelt oder weggetanzt werden! Darin besteht längst Konsens! Wenn aber die Frage von Einkaufsgutscheinen für Flüchtlinge und Asylbewerber, also Gäste und nicht Fremde als Problem der Wertebildung in der Gesellschaft öffentlich thematisiert wird und damit staatliche Entscheidungen im Ansatz kritisch beleuchtet werden, gibt es ein Problem: der die Zivilgesellschaft (durch Finanzmittel) aktivierende Staat erlebt ein kritisches Gegenüber, das sich nicht mit dem Hinweis auf die repräsentative Demokratie und gegebene Mehrheiten zufrieden stellt.

Daraus folgt: „TOLERANTES BRANDENBURG“ als Leitbild für politisches Handeln wird auch künftig kein konfliktfreies Refugium etablierter Demokratie sein. Toleranz im Sinne der „Zivilisierung der Differenzen“¹¹ braucht den respektvollen Streit unter Demokratinnen und Demokraten, setzt gegenseitige Hör- und Kompromissfähigkeit voraus. Für die Beratungsarbeit stellt sich die Aufgabe, Voraussetzungen für die notwendigen Diskurse zu verbessern, jeweils angemessene Diskursmodelle bzw. Modelle für Bürgerpartizipation zur Verfügung zu stellen (Vernetzungen, mediative und Bürgerpartizipation fördernde Strategien u. ä.), eine Kultur demokratischer Achtsamkeit zu stärken sowie notwendige Sachinformationen zugänglich zu machen.

Perspektiven staatlichen und zivilgesellschaftlichen Handelns

„TOLERANTES BRANDENBURG“ hat sich also als Handlungskonzept der Landesregierung, so wie es sich nach 1998 zunächst entwickelte, nicht durchhalten lassen. Das kann man bedauern. Ein Handlungskonzept „von oben nach unten“ wird sich auch künftig nicht umsetzen lassen. Als stützendes Rahmenangebot zur Vitalisierung demokratischer Verantwortung in der Gesellschaft ist es bis auf weiteres nötig – und beispielhaft. Als politischer Leitgedanke, als konsensuales Leitziel sollte „TOLERANTES BRANDENBURG“ keinesfalls aufgegeben werden. Viele Menschen im Land verbinden damit inzwischen „Weltoffenheit“, Menschlichkeit gegenüber Fremden, Abwehr von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Der Leitgedanke verbindet Förderung von Zugehörigkeit (Identität) mit Weltoffenheit und Gastfreundlichkeit, auch gegenüber fremden kulturellen Prägungen. Er beschreibt einen für Demokraten wünschenswerten „inneren Zustand“ des Landes und weist zugleich auf das Bemühen, den kulturellen und wirtschaftlichen Standort Brandenburg international respektabel erscheinen zu lassen.¹² Der Leitgedanke provoziert einerseits den Diskurs über rechte, rassistische Einstellungsmuster in der Bevölkerung und lässt sich andererseits ohne Schwierigkeiten von den demokratischen Parteien und großen gesellschaftlichen Verbänden und Kirchen mittragen.

Das Mobile Beratungsteam wird an diesem Leitziel festhalten ohne die Brandenburger Realitäten aus dem Auge zu verlieren. Die gegenwärtigen

¹¹ So der amerikanische Soziologe Michael Walzer

¹² ein Bürgerbündnis in Königs Wusterhausen gab sich den Namen „K.W.- heimisch in einer weltoffenen Stadt“

demographischen Entwicklungen und sozialen Verwerfungen mit den zu benennenden sozioökonomischen und sozokulturellen Aspekten, insbesondere im ländlichen Raum, geben zur Sorge Anlass. Für die zu beobachtende allmähliche Erosion hergebrachter kultureller Normen- und Wertegerüste, für den Verlust an elementaren Sozialkompetenzen unter Heranwachsenden sind gewiss vielfältige Ursachen zu nennen. Die Kirche wird wegen des Rückgangs ihrer Mitgliederzahlen, wegen der permanenten Strukturveränderungen und des damit verbundenen Rückzugs ihres personalen Angebotes der Hauptamtlichen häufig als überfordert beschrieben. Die Folgen einer strukturell bedingten Rücknahme kommunaler Selbstverwaltung, der Rückzug ehemals wichtiger demokratischer „Meinungsbildner“ aus dem ländlichen Raum als persönlichen Lebensraum¹³, eine „ausgedünnte“ hoheitliche Präsenz des Staates (Polizei) sind bereits deutlich spürbar. Zeitgleich mit dieser Entwicklung ist zu beobachten, wie sich der organisierte Rechtsextremismus mit einer Art Langzeitstrategie in die sozialen Problemregionen ganz zivil und bürgernah „einzunisten“ versucht.

Auf diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach einer systemisch angelegten Regionalplanung und politischer Bildung im ländlichen Raum eine neue Dimension. Sie lässt sich aber u. E. nicht mit den bisher meist verhandelten Themen allein und schon gar nicht mit den hergebrachten Bildungsformaten transportieren. Teilhabe, Mitgestaltung und Mitverantwortung für das Gemeinwesen als politischer Wertegemeinschaft müssen vor allem im ländlichen Raum und in den kleineren Städten Brandenburgs unmittelbarer erprobt und als gute Erfahrung besser als bisher veröffentlicht werden. Hier steht staatliches und gestaltendes gesellschaftliches Handeln vor großen Herausforderungen, die nur mit neu zu entwickelnden „Synergiekonzepten“ angegangen werden können.¹⁴

Das Mobile Beratungsteam sucht hier mit unterschiedlichen Partnern nach neuen Zugangsmöglichkeiten. Man darf darauf setzen, dass auf diese Weise den neueren Strategien des Rechtsextremismus, in die vorhandenen sozialen Netze zu einzuwandern, wirkungsvoll begegnet werden kann.

¹³ Es sei denn im Freizeitbereich am Wochenende, wobei sich dann eine positive Einflussnahme auf die Entwicklung des Gemeinwesens meist in Grenzen halten wird.

¹⁴ „Die dynamischen Teile der Zivilgesellschaft führen dem Gemeinwesen die nötige Energie und Beweglichkeit zu. Durch Stärkung der Zivilgesellschaft stärkt der Staat sich auch selbst...“. Jürgen Kocka: Die Zivilgesellschaft und die Rolle der Politik, Thesen und Fragen zitiert in G. F. Schuppen: Aktivierender Staat und Zivilgesellschaft (in Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, 2002 S.188)

Wolfram Hülsemann, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Mobiles Beratungsteam
Einblicke**

Ein Werkstattbuch

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber:

S. 4 u. 171: Mobiles Beratungsteam Brandenburg

S. 18: Michael Kohlstruck

S. 23: kontur GbR Berlin

S. 61: Nicola Scuteri

S. 68, 72 u. 88: Pabel Moewig Verlag

S. 74: unbekannt

S. 104, 105, 106 u. 107: Kasandra

S. 114: Lausitzer Rundschau, Lokalteil Spremberg, 7.5. 2003.

S. 120, 121 u. 129: Karin Dörre und Jürgen Lorenz

S. 143: Pfarrer Puhlmann, Werben

S. 152 u. 163: Miriam Schilling und Dirk Wilking

© Dezember 2004, Potsdam

Mobiles Beratungsteam Brandenburg (RAA Brandenburg e.V.)

Geschäftsstelle:

Friedrich-Engels-Straße 1

14473 Potsdam

Tel: 0331 – 740 6246, 0173 – 646 88 63

Fax: 0331 – 740 6247

E-Mail: mobiles-beratungsteam@jpberlin.de

www.mobiles-beratungsteam.de

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 3-00-015288-1

RAA
BRANDENBURG
Regionale Arbeitsstellen für
Ausländerfragen, Jugend-
arbeit und Schule e.V.



TOLERANTES
BRANDENBURG

Inhalt

Was die vorliegende Publikation erwarten lässt	5
<i>Wolfram Hülsemann</i>	
Rahmenbedingungen und politischer Hintergrund der Beratungsarbeit im Gemeinwesen	7
<i>Michael Kohlstruck und Anna Verena Münch</i>	
Der Mordfall Marinus Schöberl	15
<i>Nicola Scuteri</i>	
Migration und Fremdenfeindlichkeit als politische und gesellschaftliche Phänomene im Land Brandenburg	47
<i>Dirk Wilking</i>	
„Der Landser“ – Wie ein Mann ein Mann wird	61
<i>Miriam Schilling</i>	
Jugendliche in der MBT-Arbeit – Erfahrungen aus dem südlichen Brandenburg	95
<i>Karin Dörre und Jürgen Lorenz</i>	
Die Stadt Angermünde und ihr Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	117
<i>Dirk Wilking</i>	
Relevanz der ländlichen Regionen für das MBT	129
<i>Jürgen Lorenz und Karin Dörre</i>	
„Für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“	163